

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 17.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Einzelhefte in die Postzeitungsliste Nr. 6175.

Hannover,
Sonnabend, 25. August 1900.

Inserate kosten pro 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Leinstr. 31. Verlag: Witolastr. 46.

9. Jahrg.

Zur Beachtung!

Die Kosten, welche der Verbandstag verursacht, werden durch eine jährliche Extrasteuer von 10 Pf. pro Mitglied aufgebracht, und ist diese im Monat August zu entrichten. Die Bevollmächtigten, Hilfskassierer und Kollegen werden daher ersucht, dahin zu wirken, daß sich kein Mitglied der Leistung der Extrasteuer entzieht. Wo die Extramarken zur Reize gegangen, wolle man solche bei uns bestellen.

Die Abrechnungen und Geldsendungen sind an Fr. Bruns, Leinstr. 31, 3. St., zu richten. Bei den Geldsendungen ist anzugeben, wofür sie zu verrechnen sind.

Den Abrechnungen sind die Rechnungen von dem im Laufe des zu verrechnenden Quartals gesandten Material mit beizulegen.

Von den Einnahmen aus den Wochenbeiträgen können bis 33% Prozent in den Zahlstellen zu Lokal- ausgaben verwendet werden.

Eintrittsgeld und Extrasteuer-Einnahmen und die Beiträge für den Streifonds sind voll einzusenden.

Sämtliche Gelder (nach Abzug der 33% Proz.) sind nebst Abrechnung an den Kassierer einzusenden, und zwar innerhalb acht Tagen nach der Quartalsabrechnung.

Der erste Bevollmächtigte ist verpflichtet, sich von der Absendung des Geldes an den Kassierer zu überzeugen, indem er sich den Posteinlieferungsschein von dem zweiten Bevollmächtigten vorzeigen läßt.

Mit kollegialischem Gruß

August Brey.

Der 5. Verbandstag

Ist am Freitag, den 10. August, Nachmittags 5 1/2 Uhr, geschlossen worden. Die umfangreiche Tagesordnung hat in 11 Sitzungen ihre Erledigung gefunden. Wie groß das zu bewältigende Arbeitspensum war, geht aus der Zahl der zur Veröffentlichung gekommenen Anträge hervor. Sie betrug 225! Dazu kommen noch die Anträge, die zu spät eingekam, und jene, die auf dem Verbandstage selbst aus den Verhandlungen gezeitigt worden. Ueber 250 Anträge hatte der Verbandstag die Entscheidung zu treffen.

Es ist dem Verbandstage gelungen, seine Beratungszeit so einzuteilen, daß alle Anträge und Wünsche unserer Verbandsgenossen die ihnen gebührende Beachtung fanden. Keine Gruppe von Anträgen mußte durchgepeitscht, mit Ueberhaftung erledigt werden, weil man anderen einen zu breiten Raum in den Verhandlungen gegeben hatte; in Ruhe und mit Sachlichkeit hat der Verbandstag alle seine Entscheidungen getroffen.

Im Anschluß an den Vorstandsbericht sind alle Anträge behandelt worden, die sich mit der Agitation befaßten.

Der Antrag Wolgast, alljährlich auf Kosten des Verbandes zwei Agitationstouren ausführen zu lassen, wurde den Gauvorständen zur Erwägung überwiesen. Dasselbe ist mit dem ähnlichen, von der Zahlstelle Kolberg gestellten Antrag geschehen. Die Anträge, welche die Herausgabe des „Werkzeuges“ in polnischer und italienischer Sprache bezweckten, haben die Zustimmung des Verbandstages gefunden.

Ein Antrag Stille räumt endlich mit dem Brauche auf, daß der Vorsitzende des Verbandes der Gegenstand von Angriffen im Verbandsorgan wird, deren Ursachen im letzten Grunde geschäftliche Anordnungen des Vorstandes bilden. Der Verbandstag hat mit Annahme dieses Antrags ausgesprochen, daß Differenzen über das geschäftliche und persönliche Verhalten des Vorstandes vor den Beschwerdeinstanzen des Verbandes zur Erledigung kommen müssen. Diese Instanzen sind: der Ausschuss und der Verbandstag.

Die Anträge, welche auf eine wöchentliche Herausgabe des „Proletarier“, und der Antrag, welcher auf die Verdoppelung seiner jetzigen Seitenzahl abzielte, haben die Zustimmung des Verbandstages wegen der enormen mit der Vervielfachung verknüpften Kosten nicht gefunden. Dagegen ist eine große Vermehrung des Raumes dadurch ermöglicht, daß die Redaktion Ermächtigung erhielt, öfter eine Beilage zu geben, der Versammlungsanzeiger aufgehoben wurde und das Adressenverzeichnis im „Proletarier“ nicht mehr veröffentlicht werden soll. Außerdem ist dem Redakteur der bestimmte Auftrag

gegeben worden, Versammlungsberichte, die nicht von Bedeutung sind, nicht zur Veröffentlichung zu bringen. Als überflüssige, den Raum des Blattes unnötigerweise belastend wurden die Berichte erklärt, die Mitgliederversammlungen behandeln, sich dabei mit Wahlen von Hilfskassierern, Ehrkontrolleuren, Vorschlägen von Bevollmächtigten und Revisoren befassen, oder die Ziffern der Abrechnung wiedergeben. Als Berichte, die allgemeines Interesse haben und zu publizieren sind, wurden solche bezeichnet, die ein interessantes Referat seinem wesentlichen Inhalt nach gedrängt wiedergeben, Lohn- und Arbeitsbedingungen oder Arbeitskinstellungen behandeln. (Unsere Schriftführer wollen diesen Beschluß beachten. D. H.)

Die Auseinandersetzung über die Statistik und die Arbeitslosenunterstützung schloß mit vorläufiger Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung ab. Dieses Resultat haben unsere Kollegen wohl vorausgesehen. Nachdem die in Nummer 7 des „Proletarier“ gemachten Darlegungen unwidersprochen blieben, war nicht schwer zu folgern, wie der Verbandstag seine Entscheidung treffen würde. Sie ist durch folgende Resolution getroffen worden:

In Erwägung, daß das gegenwärtig vorhandene statistische Material nicht ausreicht, eine Uebersicht über die Arbeitslosigkeit im Allgemeinen zu gewinnen, in Erwägung ferner, daß wir uns im Anbeginn einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges befinden, daß gegenwärtig die Einrichtung der Arbeitsnachweise nicht genügend ausgebaut ist, daß die niedrigen Löhne der ungelerten Arbeiter eine Erhöhung der Beiträge, die die Arbeitslosenunterstützung erfordern würde, nicht empfehlenswert erscheinen lassen, sieht der Verbandstag von der Einführung einer Arbeitslosenunterstützung vorläufig ab. Der Verbandstag beauftragt daher den Vorstand, im Jahre 1901 abermals statistische Erhebungen über Arbeitslosigkeit und Krankheit der Mitglieder anzustellen und das Resultat dieser Erhebungen dem Verbandstag im Jahre 1902 als Material zu unterbreiten.

Ein Zusatzantrag des Kollegen Stille zieht auch die Erkrankungsfälle in das Bereich dieser statistischen Erhebungen.

Die Anträge auf Gewährung von Krankengeld und Krankenzuschußgeld konnten eine Mehrheit auf dem Verbandstage nicht finden. Der Verbandstag erklärte die Krankenversicherung als nicht in das Gebiet seiner Tätigkeit gehörend und lehnte sie wegen der finanziellen Belastung des Verbandes ab.

Die Statutenberathung hat eine bedeutende Vermehrung der Vortheile für unsere Kolleginnen und Kollegen gebracht. Der Rechtsschutz ist entsprechend den vielen vorliegenden Anträgen auf Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung unter Festsetzung einer einjährigen Karenzzeit ausgedehnt worden.

Das Eintrittsgeld ist auf 30 Pf. erhöht worden. Die Anträge auf Beitragserhöhung wurden abgelehnt.

Der § 9 hat zum Vortheile der Mitglieder eine solche Fassung erhalten, nach welcher dem Mitgliede beim Absterben der Ehehälfte die statutarische Unterstützung gewährt wird. Das Sterbegeld wird nun auch den Hinterbliebenen lediger Mitglieder gewährt. Für das Sterbegeld ist eine Mittelstufe zwischen zwei und fünfjähriger Mitgliedschaft geschaffen worden, dadurch, daß nach vierjähriger Mitgliedschaft ein Sterbegeld von 35 Mark gewährt wird.

Auch die Gewährung des Umzugsgeldes hat eine andere Regelung zum Vortheile der Mitglieder erfahren. Es ist Folgendes beschlossen:

Verheiratheten Mitgliedern, welche an einem anderen Orte in ein neues Arbeitsverhältnis treten, kann vom Vorstande eine Beisteuer zu den Umzugskosten gewährt werden, wenn das Mitglied zwei Jahre dem Verbandsangehörigen hat, zwischen An- und Abzugsort eine Entfernung von 10 Kilometern liegt und das Mitglied in den vorausgegangenen 52 Wochen keine Reiseunterstützung bezogen hat. Das Umzugsgeld beträgt für eine Entfernung von über 10 bis 50 Kilometer bis zu 15 Mark, 50 bis 100 Kilometer bis zu 20 Mark, 150 Kilometer 25 Mark, 200 Kilometer bis zu 30 Mark, bei größeren Entfernungen bis zu 35 Mark.

Ist die Frau eines Mitgliedes ebenfalls Mitglied des Verbandes, so ist derselben die Hälfte des Umzugsgeldes zu bewilligen.

Gegen eine Stimme wurde bei Berathung des Paragraphen 12 beschlossen, den Vorstand aus sieben

Personen zu bilden, davon sind 3 Personen besoldet und auf dem Verbandstage zu wählen. Die Vermehrung des thätigen Beamtenstabes war eine unumgängliche Nothwendigkeit.

Die Prozentfrage für die Zahlstellen zur Bestreitung der Lokalausgaben sind in der alten Höhe bestehen geblieben. Die Einführung neuer Abrechnungsformulare wurde angeregt und zugesagt.

Durch Beschluß des Verbandstages hat nun die Streifondssteuer den Charakter eines ordentlichen Beitrages erhalten. Es ist beschlossen:

Jedes Mitglied ist verpflichtet, monatlich eine Streifondskarte von 5 Pf. zu entnehmen. Die Streifondsarten sind abzuschaffen und dafür Rubriken in den Mitgliedsbüchern einzuschalten.

Die Verneinerung der Steuer zum Streifonds wird nun für die Mitglieder dieselben Folgen nach sich ziehen, wie die Nichterfüllung der Beitragspflicht. Die Anträge auf Erhöhung der Streifondssteuer sind alle abgelehnt worden, desgleichen alle weiteren Anträge, die eine grundsätzliche Aenderung des Streifondsreglements anstrebten.

Ein weiterer Antrag, der die Zustimmung des Verbandstages erhielt, lautet:

„Es sind Verhaltensvorschriften für die 1. Bevollmächtigten auszugeben; dieselben sind in Form einer Broschüre herzustellen und jedem 1. Bevollmächtigten mit seiner Bestätigung zuzustellen. Diese Vorschriften haben zu enthalten: das Vorgehen des 1. Bevollmächtigten bei Aussperrung, Maßregelung, Streit, Umzug, Todesfall, Versammlungs-Anmeldungen und allen sonst noch vorkommenden Fällen. Als Anhang das Gegenseitigkeits-Verhältnis des Bevollmächtigten mit dem Gauvorstand.“

Ein ähnlicher Antrag schafft für die Hilfskassierer einen Reifaden.

Die Gauvorstände haben durch einen Beschluß bezüglich der Revisionen weitergehende Befugnisse erhalten. Die Anträge auf eine andere Vornahme der Gaueintheilung sind dem Vorstand zur Erwägung überwiesen worden.

Der Bestand der Gaukasse wird der Hauptkasse überwiesen, und können die Gauvorstände pro Quartal und Mitglied 5 Pf. zur Agitation erhalten.

Als Sitz des Verbandes ist wiederum Hannover bestimmt worden. Ein Antrag giebt dem Vorstand und Ausschuss das Recht, den Sitz nach Bremen zu verlegen, wenn dem Verbandsverband Gefahr droht.

Die Gehälter sind erhöht worden. Der erste Vorsitzende erhält 2000 Mk., der zweite Vorsitzende und Kassierer je 1800 pro Jahr.

Ueber alle näheren Details giebt das dieses Mal sehr ausführlich werdende Protokoll Auskunft, das wie in früheren Jahren, den Zahlstellen unter Garantie für die Zahlung zum billigsten Preise geliefert wird. Bestellungen können jetzt schon aufgegeben werden.

Von der Agitation.

Im Auftrage des Vorstandes sprach Gen. Ziegler in einer Reihe von Orten in Rheinland und Westfalen während der Zeit vom 14. bis 24. Juli.

Die erste Versammlung tagte in Köln-Ehrenfeld, wo erst seit Kurzem unsere Zahlstelle zu neuem Leben erwacht ist. Der Besuch der Versammlung war ein sehr guter, unsere dortigen Kollegen hatten in Bezug auf die Vorarbeiten voll und ganz ihre Schuldigkeit gethan und war denn auch der Erfolg der Versammlung ein sehr guter zu nennen; nicht nur unserem Verbandsverbande wurde eine ganze Anzahl neuer Mitkämpfer zugeführt, sondern auch noch verschiedenen anderen am Orte bestehenden Organisationen. In Bonn war ebenfalls eine gut besuchte Versammlung. Hier besitzen wir noch keine Zahlstelle, obgleich Hilfs- und Fabrikarbeiter in großer Anzahl anständig sind. Der dortige Vertrauensmann versprach, Alles zu thun, um eine kleine Schaar zur Gründung einer Zahlstelle zusammenzutrommeln. Die Versammlung in Düsseldorf hätte besser besucht sein können. Die Kollegen hätten jedenfalls nicht schlecht dabei gefahren, wenn sie den Rath der Kollegin Ziegler befolgten und mit den Tabakarbeitern zusammen eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung arrangirt haben würden, statt daß sie sich beim Gauvorstand über diesen Vorschlag beschwerten. Trotzdem wurde noch etwa ein Duzend neuer Mitglieder gewonnen. Die Versammlung in Schwelm, zu welcher unsere dortigen Genossen sehr gut Propaganda gemacht, war leider nur von

kaum 100 Personen besucht, da an demselben Abend die Kriegervereine einen Umzug durch die Stadt und Feuerwerk veranstaltet hatten. Einige Personen meldeten sich zur Aufnahme in den Verband, so daß wenigstens der Grund zu einer neuen Zahlstelle gelegt werden konnte. Die Versammlung in Gabelberg war noch schlechter besucht. Allgemein beschwerte man sich aber auch, daß nicht genügend für Belanngabe gesorgt worden sei. Als der Einberufer die Versammlung eröffnen und verlagern wollte, um noch etwaige Nachzügler abzuwarten, erklärte der Beamte, daß bereits über eine Stunde nach der angemeldeten Zeit verstrichen sei und er die Versammlung verbiete. Man blieb im Gespräche beim Glase Bier noch etwa eine Stunde beisammen und hierbei meldeten sich 14 Personen von den Anwesenden zum Beitritt zum Verband. Es ward bekannt gegeben, daß in 14 Tagen der Kollege Brandan aus Hagen im selben Saale eine Versammlung abhalten solle und würden hierzu einige 1000 Handzettel in den einzelnen Fabriken verteilt. In Hagen, wo wir alle Lokale, die größten und schönsten, zur Verfügung haben, war auf Wunsch des Kollegen Brandan nur eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung veranstaltet in einem Lokale, das kaum 60 Personen faßt. Es waren hierzu Gäste eingeladen, und wurden von denselben 7 neue Mitglieder gewonnen. Der Erfolg wäre aber entschieden ein weitaus besserer gewesen, hätte man ein größeres Lokal genommen, tüchtig Propaganda gemacht, und wäre man im Zweifel gewesen, daß die Fabrikarbeiter allein das Lokal füllen, so hätte man sehr wohl mit den Metallarbeitern zusammengehen können. Die Kosten wären dieselben gewesen und hätte man dieselben durch Eintrittsgeld wenigstens zum Theil decken können. Der Vorsitzende der Metallarbeiter, welcher in der Versammlung anwesend war, bedauerte lebhaft, es nicht gewußt zu haben, er wäre zu einem Zusammengehen sehr gerne bereit gewesen. Die Kollegen in Hagen sollten übrigens wissen, daß sie garricht berechtigt sind, auf Verbandskosten einen Referenten für eine Mitglieder-Versammlung von auswärts zu holen. Gerade in Hagen, wo es so bitter Noth thut, etwas Leben in das Ganze zu bringen, hätte man die Versammlung fast todtschwiegen, bis 2 Tage vor ihrer Tagung, anstatt vorher Reklame zu machen. In Bielefeld, wo eine tüchtige Agitation mindestens so Noth thut wie in Hagen, hatte man von einer Versammlung ganz Abstand genommen. Hoffentlich verläßt ein zweiter Vorstoß in Rheinland und Westfalen günstiger wie dieser.

Im Auftrage des Agitationskomitees für das Königreich Sachsen sprach Kollegin Zieg in 9 Versammlungen während der Zeit vom 25. Juli bis 3. August über: „Der Kampf ums Dasein.“ In Partha war die Versammlung gut besucht. Als nach dem Referat die Kollegin Zieg beantragte, eine Pause eintreten zu lassen zwecks Aufnahme neuer Mitglieder, erklärte der Ueberwachende, das stehe nicht auf Tagesordnung und deshalb dürfe er es nicht, daß Mitglieder aufgenommen werden. Kollegin Zieg erbat sich nochmals das Wort und betonte, es sei nirgends in Deutschland Mode, daß man das Aufnehmen von Mitgliedern extra anmelde; jede Gewerkschaftsversammlung werde von vornherein zu dem Zwecke veranstaltet, neue Mitkämpfer zu werben. Unter Anmeldung der Tagesordnung verziehe man Anmeldung der Punkte, über welche debattirt werden solle. Selbstverständlich habe man sich heute dem Verbot zu fügen, denn da wir uns im Königreich Sachsen befinden, wüßten wir, falls etwas darwider gesagt werde, daß man uns die Versammlung anlöse, obgleich sie persönlich der Meinung sei, der Beamte befinde sich im Unrecht. Kaum war dieses Wort ihren Lippen entflohen, da flüsterte der Wachmeister dem Beamten in Zivill einige Worte ins Ohr, worauf derselbe sich erhob und vom Vorsitzenden verlangte, er solle der Rednerin einen „Ordnungsruf“ ertheilen, da sie Kritik an seinen Amtshandlungen geübt habe. Nachdem der Vorsitzende dieses Ansuchen der Kollegin Zieg mitgetheilt, bemerkte diese, es liege ihr fern, Kritik zu üben, sie wolle nur noch den Vorschlag machen, die Versammlung zu schließen und nach Schluß die Aufnahmen zu vollziehen. Jetzt sprach der Beamte wieder auf, nachdem er abermals vom Wachmeister inspirirt worden, und erklärte, mit dem Ordnungsruf nicht zufrieden zu sein, er schließe die Versammlung. Nun, dazu sind Sie ja gar nicht im Stande, antwortete Kollegin Zieg, das besorgen wir selbst, worauf der Herr: „Dann löse ich sie auf! Das ist freilich etwas Anderes, erzieht er zur Antwort. Kollegin Zieg richtete im Hinangehen an alle Besucher die Bitte, mit ins Gastzimmer zu kommen, dem fast sämmtliche Anwesenden auch entsprachen und hier wurde denn auch eine ganze Reihe neuer Mitglieder aufgenommen. Selbstverständlich ist sofort Beschwerde geführt. — Die Versammlung in Göttingen war sehr gut besucht trotz der fast tropischen Hitze und brachte einen Mitgliederzuwachs von etwa 20 Personen. In Dresden war die Versammlung leider nur schwach besucht. Viel Abbruch hat uns jedenfalls die am Tage darauf stattfindende Ziehnacht-Versammlung gethan, und außerdem hatte man, um den Köhlauer Kollegen etwas entgegen zu kommen, für die Dresdener ein sehr ungünstig gelegenes Lokal gewählt. Trotzdem wurden noch 13 Personen dem Verbände zugeführt, den Verhältnissen nach bedeutend. Besser besucht war die Versammlung in Potschappel, wo sich eine sehr lebhafte Debatte dem Vortrage angeschlossen und 18 neue Mitglieder aufgenommen wurden. Am Sonntag, den 29. Juli fand in Hadesberg eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, in der es gelang, eine Reihe von Personen für unseren Verband zu gewinnen, so daß auch hier ein neuer Anknüpfungspunkt geschaffen wurde. Die Versammlung in Wurzeln war leider sehr schwach besucht, obgleich die jetzige Zeitung sich alle erdenkliche Mühe giebt, geht es doch nur sehr langsam vorwärts. Es zeigt sich leider auch hier wieder, daß ein schlechter Kollege mehr umstößt als in kurzer Zeit, als zehn gute durch viele Mühe aufgebaut haben; hoffentlich erlahmen trotzdem unsere Kollegen nicht, und allmählich wird's doch wieder besser werden. Auch in Eilenburg hätte die Versammlung besser besucht sein können und vor Allem müßte unsere Zahlstelle bedeutend mehr Mitglieder zählen, wenn man bedenkt, wie viele Fabrikarbeiter hier beschäftigt sind. Aufgenommen wurden 7 Personen. Glänzend besucht war die Versammlung in Markranstädt, wo aus dem kleinen Häuflein, die im März 1899 beitraten, in den 16 Monaten eine stattliche Schaar geworden ist. Wurden in derselben auch keine Mitglieder gewonnen, ist sie doch sicher nicht erfolglos geblieben, und wenn auch nur der Muth und die Kampfesfreude der Mitglieder aus's Neue aufgeschürt wurde. Eine ebenfalls stark besuchte Versammlung fand in Schleuditz statt, jedoch waren sehr wenig Unorganisirte anwesend. Da hier auch eine Zahlstelle des Bauarbeiterverbandes besteht, beantragte Kollegin Zieg, daß ein Bauarbeiter und ein Fabrikarbeiter die Pause benutzten, um die Anmeldung neuer Mitglieder entgegenzunehmen, was auch geschah und beiden Organisationen neue Mitglieder brachte. Die Tour brachte also etwa 100 neue Mitglieder und eine neue Zahlstelle.

lung statt, in der es gelang, eine Reihe von Personen für unseren Verband zu gewinnen, so daß auch hier ein neuer Anknüpfungspunkt geschaffen wurde. Die Versammlung in Wurzeln war leider sehr schwach besucht, obgleich die jetzige Zeitung sich alle erdenkliche Mühe giebt, geht es doch nur sehr langsam vorwärts. Es zeigt sich leider auch hier wieder, daß ein schlechter Kollege mehr umstößt als in kurzer Zeit, als zehn gute durch viele Mühe aufgebaut haben; hoffentlich erlahmen trotzdem unsere Kollegen nicht, und allmählich wird's doch wieder besser werden. Auch in Eilenburg hätte die Versammlung besser besucht sein können und vor Allem müßte unsere Zahlstelle bedeutend mehr Mitglieder zählen, wenn man bedenkt, wie viele Fabrikarbeiter hier beschäftigt sind. Aufgenommen wurden 7 Personen. Glänzend besucht war die Versammlung in Markranstädt, wo aus dem kleinen Häuflein, die im März 1899 beitraten, in den 16 Monaten eine stattliche Schaar geworden ist. Wurden in derselben auch keine Mitglieder gewonnen, ist sie doch sicher nicht erfolglos geblieben, und wenn auch nur der Muth und die Kampfesfreude der Mitglieder aus's Neue aufgeschürt wurde. Eine ebenfalls stark besuchte Versammlung fand in Schleuditz statt, jedoch waren sehr wenig Unorganisirte anwesend. Da hier auch eine Zahlstelle des Bauarbeiterverbandes besteht, beantragte Kollegin Zieg, daß ein Bauarbeiter und ein Fabrikarbeiter die Pause benutzten, um die Anmeldung neuer Mitglieder entgegenzunehmen, was auch geschah und beiden Organisationen neue Mitglieder brachte. Die Tour brachte also etwa 100 neue Mitglieder und eine neue Zahlstelle.

Wilhelm Ziehnacht *

Den Thaten eines der ältesten, an Körper und Geist regsamsten Kämpfer der Arbeiterbewegung hat der unerlöbliche Tod ein Ziel gesetzt. Wilhelm Ziehnacht ist am 7. August, Morgens 4 Uhr, in Folge eines Schlaganfalls gestorben. In ihm verliert die Arbeiterbewegung einen ihrer begabtesten Kämpfer und Führer, einen hervorragenden Theoretiker, einen der schärfsten und energiegeltesten Agitatoren; die Gewerkschaftsbewegung betrauert in dem Verbliebenen einen ihrer ersten Pioniere, Freund und Förderer!

Wilhelm Ziehnacht war es, der, als er nach jahrelangem Exil den heimathlichen Boden zur Stätte seiner Wirksamkeit erkoren konnte, für Gründung selbstständiger Gewerkschaftsverbände eintrat, als Gegengewicht gegen die in Harmonie- und Anstalts-Verbindungen sich schließenden Hirsch-Dandler'schen Gewerksvereine. Und wo es immer galt, gegen geplante Unterdrückung oder Schwächung des Koalitionsrechtes einzutreten, da war „der Alte“ auf dem Kampfesplan, um mit Muth und Kraft gegen das kulturfeindliche Regiment der Arbeiterfeinde auszutreten.

Wenn es galt, der Gewerkschaftsbewegung freie Bahnen zu ebnen, den ihre Entwidlung hemmenden Schutt und Moder der bürgerlichen Vereinsgesetzgebung hinweg zu räumen, die Allmacht der Behörden einzudämmen durch Anträge auf ein freies Vereins- und Versammlungsrecht — die leider noch nicht dabei geworden — da war er nicht minder mit ganzem Herzen dabei und führte seine so sehr gefährdete Sache. Nun ist er todt! Nach seinem Tode soll die Lauterkeit seines Charakters, sein eiferner Fleiß, sein Muth und seine Ausdauer uns als leuchtendes Vorbild dienen.

Ueber die letzten Stunden Wilhelm Ziehnacht's wurde berichtet: Er hatte am Montag Abend bis 1/1 Uhr Nachts gearbeitet. Sein Angehen verrieth die nahe Katastrophe, als er sich zur Ruhe begab. Am frühen Morgen — gegen 4 Uhr — wurde seine Frau durch ein schweres Köcheln geweckt. Wilhelm Ziehnacht hatte sich, im letzten Willen gegen den angedrängenden Tod, halb aus dem Bette emporgeworfen. Der Arzt war in wenigen Minuten zur Stelle. Er konnte nur noch den Tod feststellen. Ein Gehirnschlag hatte Wilhelm Ziehnacht's Dasein rasch und mild ein Ende bereitet.

Wilhelm Ziehnacht wurde geboren am 29. März 1826 in Sieben; er besuchte das dortige Gymnasium und später die Universitäten Göttingen, Berlin und Marburg. Bei Ausbruch des badischen Aufstandes nahm er trotz seiner Jugend eine leitende Stellung ein, ward im September 1848 gefangen genommen, im Mai 1849 entlassen und aus Preußen verbannt. Er lebte alldem in der Schweiz und später in England. 1862 nach Wurzeln zurückgekehrt, ward er wegen seiner Haltung in der Arbeiterfrage 1865 von Neuem ausgewiesen. Von da an lebte er in Leipzig, gründete dort die „Mitteldeutsche Volkszeitung“, später das „Demokratische Volksblatt“, das 1869 nach Gründung der Eisenacher Partei in den „Volksstaat“ und 1875 in den „Vorwärts“ umgewandelt wurde. 1867 wurde Ziehnacht in den Norddeutschen Reichstag gewählt. 1870 im Dezember bei seiner Rückkehr von Berlin wegen angeblichen Hochverraths verhaftet und nach 3 1/2 Monaten wieder aus der Haft entlassen, wurde ihm nebst Bebel und Döppner 1872 der Prozeß wegen Hochverraths gemacht und er zu zwei Jahren Festungshaft verurtheilt. 1881 wurde Ziehnacht aus Leipzig ausgewiesen, er wohnte von da ab bis zum Falle des Sozialistengesetzes in Borsdorf bei Leipzig.

Die Bestattung der Leiche Wilhelm Ziehnacht's war die großartigste, die Berlin je gesehen hat. Die Theilnehmerzahl, die dem geliebten Freund und Berater der Arbeiterwelt das letzte Geleit gaben, bezifferte sich auf einige Hunderttausend. Die Kranzgebenden waren Berge hoch. Deputirten aus Deutschland und allen angrenzenden Staaten waren erschienen. Kein Kaiser und König, so berichtet die Presse, wurde je so begraben.

Im Namen der Delegirten unseres fünften Verbandstages legte Kollege Zunt einen Kranz an der Bahre Wilhelm Ziehnacht's nieder.

Die ausgesperrten Werftarbeiter vaterlandslöse Gesellen!

Am 3. August wurden in Bremerhaven an je 15 Arbeiter des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie Ehrenzeichen vertheilt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Kaiser folgende Ansprache:

Ihr seid hier versammelt worden, um meinen kaiserlichen Dank zu empfangen für die Hingabe und Aufopferung, mit der Ihr an der Fertigstellung der Dampfer für meine Offiziere und Soldaten gearbeitet habt. Dank Eurem rastlosen Bemühen ist die prompte, pünktliche Abfertigung der Transporthilfe möglich geworden. Dadurch habt Ihr es einmal ermöglicht, daß unsere Truppen schnell auf den Kampfplatz kommen, zum Andern habt Ihr unsere Leistungsfähigkeit auf diesem bisher von uns noch nicht betretenen Gebiete vor der ganzen Welt ins beste Licht gesetzt und dadurch nach beiden Richtungen hin unserem Vaterlande unschätzbare Dienste erwiesen. Die Auszeichnungen, die ich Euch

dafür verleihe, sollen meine Anerkennung sein, aber auch zugleich der Ausdruck meiner Zufriedenheit, daß Ihr nicht dem schlechten Beispiele der durch vaterlandslöse Agitatoren verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt seid, sondern den Patriotismus des deutschen Arbeiters festhalten gewahrt und wider mitgearbeitet habt für die Schlagfertigkeit unserer braven Armeen. Ehlos der, der im Moment der Gefahr sein Vaterland im Stich läßt! Erhalte Euch den guten deutschen Geist, den Ihr bewieset, dann wird der Dank des deutschen Volkes und meine Anerkennung Euch nie fehlen.“

Nach dem Bericht der „N. Hamb. Stg.“ sagte der Kaiser zu den Arbeitern, daß ihrer Hingebung vor Allem es zu danken sei, wenn die Transporthilfe Bremerhaven rechtzeitig verlassen konnten und wenn die Truppen der Seebrigade rechtzeitig auf dem Kampfplatze erschienen. Doch nicht nur diesem Momente gelte sein kaiserlicher Dank, er dehne sich auch darauf aus, daß die vor ihm stehenden Arbeiter nicht dem Beispiele der vaterlandslösen Gesellen von Hamburg gefolgt wären, die gerade jetzt die Arbeit niedergelegt hätten; sie hätten damit gezeigt, daß sie Ehrenmänner seien, daher die Dekoration.

Es handelt sich in Hamburg — das ist von der anfänglichen Presse bereits allgemein anerkannt — bei den Differenzen zwischen den Hamburger Werftbesitzern und den Hamburger Werftarbeitern nicht um eine Arbeitsüberlegung der Werftarbeiter zur Zeit der Fertigstellung der Chinaschiffe, sondern um eine Aussperrung der Werftarbeiter seitens der Werftbesitzer. Der Streik der Arbeiter der Werftbesitzer werft der von den Schiffsbauern immer als Ursache dieser Aussperrung bezeichnet wird, steht mit der Fertigstellung der Chinaschiffe in gar keinem Zusammenhang.

Angesichts der dringenden Arbeiten zur Fertigstellung der Chinaschiffe warten die Hamburger Werftbesitzer 3000 Werftarbeiter auf's Pfaster, hindern diese an freiwilliger Arbeit, und die noch Arbeitenden zum Streik anzureizen, von dem sie die Befreiung von lästigen Konventionalstrafen wegen Nichtinnehaltung der Bieferungsklassen erhoffen, weil ihnen im Falle des Streiks die Streikklausel in den Bieferungsverträgen zu Gute gekommen wäre.

Die vaterlandslösen Gesellen sind in diesem Falle die Werftbesitzer, nicht die Arbeiter.

Soziale Rundschau.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei beruft den diesjährigen Parteitag auf Montag, den 17. September, Morgens 9 Uhr, nach Mainz in die „Stadthalle Mainz“ ein. Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Konstituierung des Parteitagess. Wahl des Bureaus. Festlegung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Mandate. 2. Geschäftsbericht des Vorstands. Berichterstatter: W. Pfannkuch und M. Gerich. 3. Bericht der Komitoleure. Berichterstatter: S. Meißner. 4. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit. Berichterstatter: P. Singer. 5. Die Organisation der Partei. Berichterstatter: J. Auer. 6. Matheier. Berichterstatter: Th. Wegner. 7. Die Welpolitik. 8. Die Verkehrs- und Handelspolitik. Berichterstatter: M. Calmer. 9. Die Statistik der Partei bei den Bundtagswahlen. Berichterstatter: A. Bebel. 10. Anträge zum Programm. 11. Sonstige Anträge.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Die Aussichten für die Gestaltung des Arbeitsmarktes werden zusehends trüber. Aus den Bezirken der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie wird ein starkes Nachlassen des Beschäftigungsgrades gemeldet. Während die großen Werke noch gut beschäftigt bleiben, leiden die mittleren und kleinen thätlich Noth um Arbeit, und es zeigt sich keine Aussicht, daß diese Verhältnisse sich bessern könnten. Die Lager füllen sich in bedenklicher Weise. Gleich ungünstig liegen nach den Berichten der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitermarkt“ die Verhältnisse im Bau- und Textilgewerbe, in der Leder- und auch einem Theil der Zementindustrie. Wenn trotzdem die Ungunst auf dem Arbeitsmarkt selbst im Monat Juli sich im Vergleich zum Vormonat nicht noch wesentlich verschlechtert hat, so liegt das daran, daß die Landwirtschaft jetzt zahlreiche Arbeitskräfte absorbiert und das Angebot auf dem Arbeitsmarkt nicht answellen läßt. Immerhin drücken die Ziffern der Arbeitsnachweise und Krankenkassen die vorhandene Ungunst deutlich aus. Während an den Arbeitsnachweisen, soweit sie an die Berichterstattung des „Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, auf 100 offene Stellen im Juli vorigen Jahres 100,5 Arbeitsuchende zu verzeichnen sind, sind in diesem Juli 111,2. Auch die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat abgenommen. Denn während im Juli v. J. nach den Mitgliederlisten der Krankenkassen die Zahl der Beschäftigten nur um 0,4 Proz. abgenommen hat, ist sie im Juli d. J. um 1,4 Proz. zurückgegangen.

Deutsches Recht.

In der „Deutschen Juristen-Zeitung“ lesen wir aus der Feder des Justizraths Dr. Staub folgende bittere Anklage gegen Lübeck:

Der Lübecker Senat hat das Streikpostenrecht durch Polizeiverordnung verboten. Es ist nun mehrfach, insbesondere von wissenschaftlicher Seite (vergl. z. B. v. Buchla in Nr. 14 S. 308 dieser Zeitung) u. c. unwiderleglich dargelegt worden, daß dieses Verbot in seiner Allgemeinheit, indem es jedes Streikpostenrecht, nicht bloß irgend welche ordnungsgemäße Arten desselben, verbietet, sich mit den Reichsgesetzen nicht verträgt. Aber die Bürgerchaft der Stadt Lübeck ist anderer Meinung — eine Freiheit, sich über die Reichsgesetze hinwegzusetzen, die sich nur eine freie Stadt erlauben kann.

Gegen den Rechtsbruch, der in China begangen worden ist, macht halb Europa, Deutschland an der Spitze, mobil. In Lübeck wird Tausenden von Arbeitern ein vom Reiche verbürgtes Recht genommen. Was wird geschehen, um diese Verletzung nationalen Rechts zu sühnen und aus der Welt zu schaffen? Rührt sich kein Bundesstaat, um den Bundesrath zu ersuchen, dem in Deutschland gültigen und verbürgten Recht in Deutschland selbst Achtung zu verschaffen?

Chinesische Kulturthaten. Daß die Chinesen, gegen welche der europäische Muth und Vernichtungszug gerichtet ist, sich den Europäern, wenigstens den Abhoredere-Aktionären ungeniem nützlich machen können und deshalb vom Dividenden-Erzeugungs-Standpunkte aus vor dem gänzlichen Untergange bewahrt bleiben sollten, beweist die Thatsache, daß z. B. auf dem Transporthilfe „Sachsen“ 50—60 Chinesen thätig

find, nämlich als Heizer. Als solche haben sie den eminenten Vorzug, für siebenundzwanzig Mark monatlich, billige Kost und das anspruchsvollste Logis daselbst zu leisten, wofür ein deutscher Arbeiter die ungeheure Summe von 70 Mark monatlich erhält! Nur wer die Arbeit eines Schiffsheizers kennt, wird diesen erstaunlichen Lohn zu würdigen wissen. In Schiffsfahrts-Aktionärkreisen — auch viele agrarische Notleidende haben schon längst Sehnsucht nach chinesischen Kulis, — weiß man jedenfalls die lohnrückdrückende Kulturmission zu schätzen, die man mit importierten chinesischen „Erbfeinden“ zu Gunsten des deutschen Kurszettels durchführen kann.

Das fremdlose Dasein der Proletariatskinder wird durch folgende Stelle aus dem Jahresbericht des Schuldirektors in Hohenstein (Sachsen) illustriert: „Im Monat Februar d. J. fand eine Zählung der Kinder unter 14 Jahren statt, die im Gewerbe außerhalb der Fabrik regelmäßig thätig sind. Es hat sich hierbei herausgestellt, daß von den ca. 2400 Schulkindern der Stadt etwa 1450 oder gegen 60 Prozent mit Arbeiten am Webstuhl, oder mit Knüpfen, Treiben, Spulen, Drehen von Quasten, Nähen, Formen zc. beschäftigt sind. Bei manchen Kindern fällt die Arbeitszeit bereits vor den Beginn des Schulunterrichts und erstreckt sich bis in die späteren Abendstunden hinein.“ — „Man begreift angesichts solcher Zustände,“ schreibt der „Vorwärts“, „daß die sächsischen Behörden weder von Auführungen noch von Rezitationen der „Weber“ von Gerhart Hauptmann etwas wissen wollten.“

— **Landarbeiterlohn.** Einen „seit Jahren erprobten“ „Reutebefähigungs- = Wochenlöhnezettel“ veröffentlicht die „Deutsche landwirtschaftliche Presse“. Er ist für 6 Personen berechnet und lautet:

Sonntag: Reis 500 Gramm, Fleisch 3 Pfd., Kartoffeln 6 Pfd.	2,37
Montag: Erbsen 4 1/2 Pfd., Kartoffeln 6 Pfd., Schmalz 1/2 Pfd., Essig 1/2 Liter	1,04
Dienstag: Kartoffeln 12 Pfd., Speck 100 Gramm, Essig 1/2 Liter	0,61
Mittwoch: Kartoffeln 12 Pfd., 6 Eierlinge	0,66
Donnerstag: Graupen 540 Gramm, Fleisch 3 Pfd., Kartoffeln 6 Pfd.	2,42
Freitag: Bohnen 4 1/2 Pfd., Kartoffeln 3 Pfd., Schmalz 1/2 Pfd., Essig 1/2 Liter	1,04
Sonnabend: Kartoffeln 12 Pfd., 6 Eierlinge	0,66
Für sämtliche Tage der Woche 7 x 18 Gramm Kaffee und 1 Pfd. Eichorien 0,35 M., 7 Liter Milch 1,05 M., Salz pro Woche 3 Pfd., 0,30 M., Suppen (Brot, Reis, Kartoffel- oder Milchsuppe pro Person 1 1/2 Liter) 7 x 2 60 Pf. = 4,20 M.	5,90
Summa	14,70
Milch pro Person und Tag	0,35

Dazu wird noch pro Tag und Kopf 2 Pfund Brot und in ordnungsgemäßer Weise pro Woche 1/2 Pfund Butter, 1/2 Pfund Fett und 1/2 Pfund Speck gegeben. Bei der Aufstellung des Reutebefähigungszettels sind die „üblichen“ Marktpreise angenommen.

Reis, Erbsen, Graupen, Bohnen, Kartoffeln und Eichorie — welche wohlthuende Einfachheit, und wie nahrhaft! Zweimal in der Woche Fleisch, Dienstags für 6 Mann knapp 0,4 Pfund Speck; dann der Kaffee: auf 1/4 Pfund Kaffee 1 Pfund Eichorien! Wenn die Woche mit Kartoffeln und Hering glücklich beschloßen ist, dann wird sie mit Kartoffeln und Reis wieder begonnen. Aber — wird dieser schöne „Reutebefähigungs-Wochenzettel“ auch überall eingehalten? Gibt es auch per Mann und Woche 1 Pfund Fleisch? Oder nicht vielleicht noch zur Hälfte Knochen? Es ist nicht zu verwundern, daß bei dieser armseligen Abfälscher die Arbeiter nicht aushalten.

— Die zweite Reichskonferenz der chemischen Arbeiterschaft Oesterreichs wird am 8., eventuell am 9. September 1900 in Prag-VII., Belcredistraße, im Restaurant des Herrn Seibel, abgehalten. Die Tagesordnung lautet: 1. Situationsberichte. 2. Organisation und Taktik. 3. Fachpresse. 4. Streiks und Widerstandsfonds. 5. Freie Anträge. Anträge zur Tagesordnung, sowie auf Aenderung derselben können noch nachträglich eingesandt werden. Die Situationsberichte sollen schriftlich eingebracht werden, um durch ihr Vorbringen die Verhandlungen der Konferenz nicht zu verzögern. Anfragen erledigt, nähere Informationen erteilt und Anmeldungen der Teilnehmer nimmt entgegen die Redaktion der Zeitschrift „Lucebnik“ Prag-Weinberge Nr. 449.

— Zur Organisation der chemischen Branchen in Oesterreich. Der „Lucebnik“ (Chemiker), Organ des Verbandes der chemischen Arbeiter Oesterreichs, zählt die Arbeiter folgender Kategorien als zu genannter Organisation gehörend auf: Die Erzeugung von Chemikalien überhaupt, von Kunstdünger, Spodium, Soda, Seifenfabriken, Kerzenfabriken, Parfümerien, Essig, Lack-, Farben- und Firnisfabriken, Erzeugung von Schmiere, Stärke, Tinten und Ultramarin, Zündhölzchenherstellung, Gewürz-, Reis-, Farbholz- und Knochenmühlen, Papier-, Cellulose-, Gummi-Fabriken, Dynamit-, Pulver- und Sprengstoffherstellung, Gasanstalten, Oel- und Petroleumraffinerien, Spiritusbrennereien, Zuckerraffinerien, Konserven- und Eichorienfabriken, Margarine-, Senf-, Traubenzucker-, Dextrin-, Gefe-, Sodawasser-, Biqueurfabriken und schließlich Erzeugung von künstlichem Eis.

— Die Stettiner Elektrizitäts-Werke zahlen laut Beschluß einer am Freitag, den 17. August, abgehaltenen Aufsichtsrathssitzung 8 Prozent Dividende für das laufende Geschäftsjahr. Die Abschreibungen waren reichliche.

Vom sozialen Kampfplage.

— Eine Lohnbewegung siegreich beendet haben die an der Gilbender Brauerei beschäftigten Kollegen. Ihrer 30 an der Zahl forderten Verkürzung der Arbeitszeit und Aufbesserung der Löhne. Der Besitzer Herr W. Kemé glaubte die Sache damit schlicht zu können, daß er 7 bei ihm beschäftigten Kollegen

entließ. Das ließen sich die übrigen Kollegen aber nicht bieten und stellten am 8. August die Arbeit ein. Durch Vermittelung der Hamburger Lohnkommission wurde dann eine Einigung erzielt. Die Lohnforderung und die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit wurde bewilligt, alle Entlassenen bis auf einen Kollegen, der anderweit Beschäftigung finden wird, wurden wieder eingestellt.

— In Mainz ist auf dem Lederwerke vormalig Mayer, Michel u. Demmiger ein Streik ausgebrochen, an dem 450 Personen beteiligt sind. Die Ursachen sind in der Unlust zu suchen, mit welcher die Leitung des Werkes organisierte Arbeiter beschäftigte, und in dem unsozialen Empfinden, mit welchem die Leitung alle Vorschläge auf Besserung der Lage ihrer Arbeiter ablehnen zu können vermeinte. So herrschte auf diesem Werke die 11stündige Arbeitszeit; ohne das Werk in seiner Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen, wäre die Einführung des zehnstündentages möglich gewesen. Die Werkleitung that aber nichts dergleichen. Was natürlicher, als daß nun die Arbeiter sich anschickten, die Verkürzung der Arbeitszeit zu erzwingen. Dazu war notwendig die Organisation und das Lenken der Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf die in der Fabrik bestehende Arbeitszeit und die sonstige Arbeitsmethode, durch welche die Arbeiter sich beschwert fühlten. Die Arbeiter schlossen sich also der Zahlstelle unseres Verbandes an. Es fanden sich auch Personen, die ihre Feder zur Kritik des Mayer, Michel u. Demmiger'schen Dorados liehen. Daß die Kritik kein Lobeshymnus auf die Humanität der Werkleitung war, das ist nicht Schuld des Kritikers. Dieser wird auch loben, — wenn ihm Veranlassung dazu gegeben wird. Die Zeitung glaubte den ungestümen Mahner, der ihr das soziale Empfinden schärfer machte, auf ihren Werken suchen und finden zu können; damit hatte sie natürlich mit einem riesig talentvollen Ungeschick daneben gegriffen. Der Kritiker ist vor den Maßnahmen der Zeitung sicher. Es wurde ein Kollege entlassen, dann erhielten am 13. August weitere 20 Personen die Kündigung, auch wurde keine Felle mehr eingeweicht. Die Kollegen mußten annehmen, daß diese Maßnahmen nur darauf abzielten, ihnen die kürzere Arbeitszeit zu verweigern, und stellten nun folgende Forderungen:

Die umgehende Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit mit einem zehnjährigen Sozialzuschlag. Regelung der Ueberstunden, Sonntags- und Nachtarbeit, Bezahlung der beiden ersteren mit 25 Prozent, der letzteren mit 50 Prozent Lohnzuschlag.

Einführung eines Arbeitsausschusses zur Regelung aller Mißbilligkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, geheime Wahl desselben durch die Arbeiter. Die Zurücknahme sämtlicher in den letzten Tagen erfolgten Kündigungen.

Die Fabrikleitung lehnte es ab, mit außerhalb ihres Werkes stehenden Leuten zu verhandeln. Die Werkleitung verhandelte nun mit einer aus Arbeitern des Werkes gebildeten Kommission. Der zehnstündige Arbeitstag sollte bewilligt werden, nicht aber die zehnjährige Lohnhöhung. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit wurde eine Lohnhöhung von zehn Prozent zugesagt.

Nachdem diese Antwort von einer Versammlung der Lederarbeiter entgegengenommen, hat dieselbe beschlossen, an den Forderungen festzuhalten.

Ohne Lohnhöhung wollen die Kollegen die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Die alte renommierte, auf dem Ledermarkt vorzüglich eingeführte Firma ist in der Lage, bewilligen zu können, sie braucht nur zu wollen!

— In Breck hat eine Versammlung der Bauarbeiter beschlossen, in eine Bewegung einzutreten, die darauf abzielt, daß im Herbst und Winter ein besserer Lohn bezahlt wird. Die Unternehmer hatten die Gewohnheit, im Winter einen weit geringeren Stundenlohn zu bezahlen als im Sommer. Ein Lohnarif ist den Arbeitgebern eingesandt. In einer Versammlung haben die Arbeitgeber beschlossen, mit den Arbeitern in Verhandlungen über den Tarif zu treten.

— Bei dem Banarbeitersstreik in Kassel sind auch einige unserer Kollegen beteiligt.

Polizeiliches, Gerichtliches.

— Die Bevollmächtigten und Revisoren der Zahlstelle Griesheim am Main standen am 25. Juli vor Gericht, um sich wegen einer Uebertretung des preussischen Vereinsgesetzes zu verantworten. Sie wurden begünstigt, in einer am 11. Januar 1900 abgehaltenen öffentlichen Versammlung, in der politische Gegenstände erörtert wurden, eine Frauensperson als Mitglied aufgenommen zu haben. Als Zeugen waren erschienen Polizeiwachtmeister Holtemann und Gensdarm Grütner. Auf die Frage des Gerichtsvorsitzenden, woraus geschlossen würde, daß in der Versammlung politische Gegenstände erörtert wurden, antwortete der Polizeiwachtmeister, die Bevollmächtigten und Revisoren seien alle Sozialdemokraten und Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins. Einer der Angeklagten führte den Nachweis, daß diese Behauptung auf ihn nicht zuträfe. Als belastendes Material wurden dann noch Äußerungen aus Referaten angeführt, wie: die Arbeiter sollten sich organisieren, sich an den englischen Arbeitern ein Beispiel nehmen; der Arbeiter, der sich nicht der Organisation anschließt, sei eine Schlafmahl, die Zuchthausvorlage sei durch das Verhalten der organisierten Arbeiterschaft gefallen und in den Papierkorb gewandert. Dieses Belastungsmaterial erschien denn doch zu einer Verurteilung nicht ausreichend. Nach einstündiger Verhandlung wurden die Angeklagten kostenlos freigesprochen. Die verurteilt wird das freisprechende Urteil vom Staatsanwalt angefochten werden.

Technisches.

— Die Herstellung der Streichhölzer heute und vor 50 Jahren wird in ihren Unterschieden durch einen

interessanten Bericht veranschaulicht, der kürzlich in den Vereinigten Staaten erschienen ist. Darnach kostete die gleiche Menge von Streichhölzern dem Fabrikanten heute nur noch den achten Teil von der Summe, die im Jahre 1844 erforderlich war. Der Grund dafür liegt selbstverständlich in der Einführung des Maschinenbetriebes. Die Herstellung der Streichhölzer läßt sich in 14 verschiedene Akte theilen, wovon gegenwärtig 10 durch Maschinen verrichtet werden und nur noch 4 durch Handarbeit. Die Maschine schneidet das Holz, spaltet es in Splinter, richtet also das rohe Hölzchen her, dann bringt sie es in die richtige viereckige Form, schiebt es in die Zündmischung, holt es wieder heraus und legt es sogar in die Schachtel. Es bleibt dann nur noch die eigentliche Verpackung, die von Frauen besorgt wird. In nicht ganz 8 Stunden liefert die Maschine 144 000 Streichhölzer in fertigem Zustand, und die Verpackung dieser Menge beschäftigt dann 6 Frauen 22 Stunden lang. Je 100 000 Streichhölzer kosten den Fabrikanten darnach heute etwa 1 M., wovon 70 Pf. auf die Verpackung entfallen. Der Lohn der in den Streichholz-Fabriken beschäftigten Frauen hat sich in den Vereinigten Staaten seit jener Zeit um etwa ein Drittel gehoben, das ist wenig genug, wenn man bedenkt, daß der Fabr. . . heute 100 000 Streichhölzer für 1 M. fertigstellt, für die er im Jahre 1844 etwa 8,25 M. ausgeben mußte.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 25. Juli tagte bei Raabe unsere Mitglieder-Versammlung. Der erste Bevollmächtigte gab den Bericht über die Thätigkeit der Bevollmächtigten und Revisoren. Dann gab der zweite Bevollmächtigte den Kassenbericht, welcher die Bestätigung der Revisoren fand, darauf wurde Entlastung erteilt. Der Bericht von der Gaufkonferenz wurde entgegengenommen; da die nächste Konferenz bereits im September in Potsdam abgehalten wird, wurde hierzu gleich ein Delegierter gewählt.

Elmsborn. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung tagte am 11. August in unserem Verbandslokale. Zunächst wurde vom 2. Bevollmächtigten die Abrechnung vom zweiten Quartal verlesen. Der Revisor, Kollege Bestmann, erklärte, daß Alles in Ordnung befunden sei. Den Kartellbericht erstattete Kollege Bestmann. Sodann wurde beschlossen, 50 Broschüren von der Zahlstelle Harburg zu beziehen und dieselben hier selbst unter den Mitgliedern zu vertreiben. Da diese vom Kollegen Martens verfaßte Broschüre Alles enthält darüber, wie die Zahlstelle Harburg seit ihrer Gründung in dem Jahre 1890 sich entwickelt hat, und wir dieselbe zum Selbstkostenpreis von 15 Pf. pro Exemplar erhalten, so wird es ein Leichtes sein, die genannte Zahl zu vertreiben. Der Hilfskassierer Kollege Schmidt erhält von jetzt ab 7 1/2 Prozent der Gesamt-Einnahme vergütet.

Erdmannsdorf-Billerthal. Hier referierte Kollege Heintzel-Striegau in gut besuchter Versammlung über das Thema: „Der Kampf ums Recht“. Aufmerksam folgten die zahlreich Erschienenen dem Referenten. 12 Mitglieder wurden ausgesonnen.

Heilbronn. Am 12. August tagte im Lokale des Herrn Käufer in Bötzingen eine Mitgliederversammlung, die von den Kollegen in Bötzingen nur mäßig besucht war. Kollege Dietrich sprach über das Thema: „Warum müssen sich die Arbeiter organisieren?“ Als schaffender, waarenzeugender Faktor werde der Arbeiter ausgenutzt und ausgebeutet, ihm nur ein winziger Teil des erzeugten Wertes als Lohn gegeben. Als Verbraucher leide der Arbeiter unter der allgemeinen Uebererzeugung, dem Steigen der Kohlenpreise, der Mieten und der Nahrungsmittel. Es sei also doppelt Grund vorhanden, daß sich die Arbeiter organisieren. Redner ermahnte die Mitglieder, daß Jeder, soweit in seinen Kräften liege, dahin wirken möge, daß der Verband am Orte erstärke und zum Wohle seiner Mitglieder wirke.

Hirschberg. Die Gaufkonferenz für Gau 9, welche hier im „Langen Hause“ tagte, beschloß u. A., den Sitz des Gau's nach Striegau zu verlegen.

Hirschberg. Eine öffentliche Versammlung der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter für Hirschberg und Umgegend tagte hier im „Langen Hause“ und war zahlreich besucht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Der Kampf ums Recht“ sprach Kollege Heintzel-Striegau. In 2 1/2stündigen, oft von stürmischem Beifall unterbrochenen Ausführungen entlebte sich derselbe seiner Aufgabe. In der darauf folgenden Diskussion trieben eine Anzahl Hirsch-Dunder'sche Wortklaubereien. Kollege Heintzel ließ ihnen eine Zeit lang das Vergnügen, schickte dieselben aber um so kräftiger nach Hause. Wie weiblich durchbläute Schulstunden verließen dieselben dann auch den Saal. Wir aber hatten das Vergnügen, 18 neue Mitglieder aufzunehmen zu können.

Kolberg. Am 5. August tagte eine außerordentliche Versammlung. Das Verhalten des 1. Bevollmächtigten wurde scharf kritisiert, worauf derselbe dann freiwillig sein Amt niederlegte. Hierauf wurde der Kollege Franz Otto in Vorschlag gebracht. Dann folgte der Kartellbericht. Sodann wurde die Abrechnung vom 2. Quartal verlesen und dem 2. Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Darauf wurden zwei Revisoren — der zweite und dritte — ihres Amtes enthoben. In Vorschlag gebracht wurden die Kollegen Gustav Wieje und Wilhelm Höbner, welche auch die Wahl annahmen. Nach einigen Auseinandersetzungen im Besonderen wurde die Versammlung geschlossen.

— Am 12. August tagte eine gemeinsame Mitglieder-Versammlung der Zahlstellen Kolberg und Köslin. Es wurde u. A. das Ableben unseres treuen Genossen Siebnecht durch Erheben von den Sigen geehrt. Es wurde dann über die Lage der Kollegen in beiden Orten eingehend berichtet. Man unterzog die stattgehabten Streiks einer Kritik und gab die Anwesenden der Meinung Ausdruck, daß sie das nächste Mal besser auf dem Kopfe sein müßten, worauf die Versammlung mit einem „Hoch“ geschlossen wurde.

Schwedt. Am 5. August tagte im Lokale des Herrn Bensch unsere Mitgliederversammlung. Kollege Müller referierte über das Thema: Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und die Aufgabe der Organisation. Nach dem unter großem Beifall beendeten Vortrag gab der zweite Bevollmächtigte den Kassenbericht vom 2. Quartal. Eingetretten sind 82 Personen, ausgetreten 59, zugereist 3, abgereist 12. Die Mitgliederzahl ist 361. Die Einnahme betrug 621,87 M., davon wurden an die Hauptkasse 347,40 M. gesandt. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde Entlastung erteilt. Die Versammlungen werden nun abwechselnd Samstags und Sonntags abgehalten.

Ottensen. Eine öffentliche Versammlung aller in den Margarinefabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von Altona-Ottensen und Umgegend tagte am 9. August im Lokale „Carlstraße“ in Ottensen, am Felde 5. Ueber das Thema „Die Gewerkschaftsbewegung im Befreiungskampfe des Proletariats“ referierte Genosse F. Kaufstötter in andertthalb-stündiger Rede, worin er die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und die Aufgabe der letzteren be-

